

Finanzierung der Nato: Wer entscheidet und wer zahlt?

Autor: Dr. Ian Davis, Chefredaktor des [SIPRI-Jahrbuchs](#)

Der ehemalige US-Präsident und Spitzenkandidat der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen 2024, Donald J. Trump, sorgte Anfang des Jahres für Schlagzeilen: Er [behauptete](#), dem politischen Führer eines anderen Nato-Staates gesagt zu haben, dass die USA ihn nicht gegen einen russischen Angriff verteidigen würden, wenn der Staat seine Ziele bei den Militärausgaben für die Nato nicht erfüllt habe. Dies war allerdings keine völlige Überraschung, da Trump sich schon im Jahr 2020 [ähnlich geäußert](#) hatte. Schon [seit Jahren](#) beklagen sich die Präsidenten der USA, sie würden ihre europäischen Verbündeten auf Kosten der US-Steuerzahler schützen.

Doch der Druck, die europäischen Militärausgaben zu erhöhen, kommt nicht nur von der anderen Seite des Atlantiks. Seit Beginn des Ukrainekrieges haben viele [europäische Politiker](#) eine Erhöhung der Ausgaben gefordert. So rief die Präsidentin der Europäischen Kommission, [Ursula von der Leyen](#), im Februar die europäischen Länder auf, ihre Rüstungsindustrien zu stärken: Angesichts einer Welt, «die rauer geworden ist», «müssen wir mehr ausgeben, wir müssen besser ausgeben und wir müssen europäisch ausgeben».

Bei den Debatten darüber, wie die Finanzierungslast der Nato verteilt werden kann, geht es fast immer darum, was die einzelnen Mitgliedstaaten für ihre eigenen Streitkräfte ausgeben. Es gibt jedoch mindestens drei grosse Kategorien gemeinsamer [direkter Kosten](#):

(a) die gemeinsamen Budgets der Nato, die für die Verwaltung der Organisation und die Umsetzung bestimmter Strategien und Aktivitäten verwendet werden;

(b) die kombinierte Finanzierung spezifischer Programme und Initiativen durch Gruppen von Nato-Mitgliedern; und

(c) die Kosten im Zusammenhang mit Operationen und Einsätzen unter der Führung der Nato.

Obwohl die Nato die letztgenannten Kosten als indirekte Kosten behandelt, werden sie hier zusammen mit der gemeinsamen und der kombinierten Finanzierung diskutiert, da sie innerhalb einer allgemeinen Nato-Struktur anfallen, die auch die operative Führung und die politische Kontrolle umfasst. Ausserdem kommen einige der Kosten für Einsätze und Operationen für eine gemeinsame Finanzierung in Betracht.

Dieser Hintergrund-Artikel befasst sich mit den Grundsätzen und Verteilungsmechanismen für diese direkten Finanzierungsregelungen, wobei der Schwerpunkt auf Transparenz und Rechenschaftspflicht liegt.

Die gemeinsamen Budgets der Nato

Die Nato-Mitgliedstaaten finanzieren direkt die Projekte, die den Interessen aller 32 Mitglieder dienen, wie die Nato-weite Luftverteidigung oder Kommando- und Kontrollsysteme. Die für diese gemeinsamen Finanzierungsvereinbarungen im Jahr 2024 angekündigten Gesamtbudgets [belaufen sich](#) auf knapp 3,8 Milliarden Euro (4,1 Milliarden US-Dollar), was etwa 0,3 Prozent der [1341 Milliarden](#) US-Dollar entspricht, die die Nato-Mitglieder im Jahr 2023 für ihre eigenen Streitkräfte ausgaben. Auf Grundlage einer vereinbarten [Berechnungsformel](#), die auf dem Bruttonationaleinkommen und verschiedenen anderen Faktoren beruht, übernehmen die Mitgliedstaaten diese Kosten.

Im Jahr 2019 wurde eine [neue Berechnungsformel](#) für den Zeitraum 2021-24 vereinbart, die dazu führte, dass sich die Anteile der meisten europäischen Verbündeten und Kanadas erhöhten und der

US-Anteil sank. Diese Zusage spiegelte den Druck der USA auf eine gerechtere «Lastenverteilung» wider und war ein besonderer [Trost](#) für Präsident Trump, der auf dem Treffen der Nato-Staats- und Regierungschefs 2019 ein [Mittagessen](#) ausgerichtet hatte, allerdings nur für die so genannten «Zweiprozentler»: Die neun Nato-Mitgliedstaaten, die zu diesem Zeitpunkt das Militärausgabenziel der Nato von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) erfüllten. Gemäss der neuen Vereinbarungen reduzierte sich der Beitrag der USA von rund 22 Prozent auf etwa 16 Prozent des Gesamtbetrags – dies entspricht dem Anteil Deutschlands.

Die drei wichtigsten Budgets der Nato werden über gemeinsame Vereinbarungen finanziert: der zivile Haushalt (Betriebskosten der Nato-Zentrale), der Militärhaushalt (Kosten für die Nato-Kommandostruktur) und das Nato-Sicherheitsinvestitionsprogramm (militärische Fähigkeiten). Seit 2015 werden auf der Nato-Website und im [Jahresbericht](#) des Nato-Generalsekretärs die wichtigsten Zahlen für jeden dieser Bereiche genannt.

Auf dem Nato-Gipfel in Madrid im Jahr 2022 [vereinbarten](#) die Mitglieder als Reaktion auf den zunehmenden globalen Wettbewerb und die Bedrohung der euro-atlantischen Sicherheit durch den Russland-Ukraine-Krieg, die gemeinsamen Mittel aufzustocken. So wurde zum Beispiel im Rahmen des [Nato-Programms für Sicherheitsinvestitionen](#) eine neue Lager- und Wartungseinrichtung in Powidz (Polen) im Wert von [285 Millionen US-Dollar](#) mitfinanziert. Sie ermöglicht die Vorpositionierung von Munition und Ausrüstung an der Ostflanke der Nato.

Die drei gemeinsamen Budgets der Nato

Die folgenden Beschreibungen der drei gemeinsamen Budgets beruhen auf Informationen von der [Nato-Website](#).

Ziviler Haushalt: Er dient zur Deckung der Ausgaben, der Betriebskosten sowie der Investitions- und Programmausgaben des internationalen Personals der Nato-Zentrale. Er wird vom Nordatlantikrat, der höchsten Entscheidungsinstanz der Nato, genehmigt und (in den meisten Ländern) aus den Haushalten der nationalen Aussenministerien finanziert. Der [zivile Haushalt für das Jahr 2024](#) beläuft sich auf 438,1 Millionen Euro (rund 473 Millionen US-Dollar; eine Erhöhung um 18,2 Prozent gegenüber 2023).

Militärhaushalt: Er deckt die Betriebs- und Unterhaltskosten der Nato-Kommandostruktur, zu der der [Internationale Militärstab](#), die [Nato-Frühwarn- und Kontrolltruppe](#) sowie die Operationen und Einsätze der Allianz gehören. Diese werden mit Beiträgen aus den nationalen Verteidigungshaushalten (in den meisten Ländern) finanziert. In allen Fällen bleibt das Bereitstellen von Militärpersonal eine national finanzierte Aufgabe. Der Militärhaushalt für das Jahr 2024 beläuft sich auf 2,03 Milliarden Euro (rund 2,2 Mrd. US-Dollar; eine Erhöhung um 12 Prozent gegenüber 2023).

Nato-Programm für Sicherheitsinvestitionen: Dieses Programm deckt grössere Investitionen in Bau- und Führungssysteme ab, die über den nationalen Verteidigungsbedarf der einzelnen Nato-Mitglieder hinausgehen. Es umfasst Anlagen und Einrichtungen wie Kommunikations- und Informationssysteme für die Luftverteidigung, militärische Hauptquartiere für die integrierte Struktur und für laufende Operationen sowie wichtige Flugplätze, Treibstoffsysteme und Hafenanlagen, die zur Unterstützung verlegter Streitkräfte benötigt werden. Das Programm wird über die [nationalen Verteidigungshaushalte](#) der Mitglieder finanziert. Die Projekte werden entweder von den einzelnen Gastländern oder von den Nato-Agenturen und den strategischen Kommandos je nach deren Fachgebiet durchgeführt. Die Obergrenze für das Programm liegt im Jahr 2024 bei 1,3 Milliarden Euro (rund 1,4 Mrd. US-Dollar; eine Erhöhung um 30 Prozent gegenüber 2023).

Kombiniert finanzierte Programme und Initiativen

Kombiniert finanzierte Programme und Initiativen reichen von der Entwicklung und Herstellung von Kampfflugzeugen und Hubschraubern über die Bereitstellung logistischer Unterstützung oder von Luftverteidigungskommunikations- und -informationssystemen für das Bündnis bis hin zu Risikokapitalfonds.

Zwar werden solche Programme direkt von den Mitgliedstaaten finanziert, die sich für eine Teilnahme entscheiden, häufig jedoch führen sie dazu, dass innerhalb der Nato eine Agentur geschaffen wird, wie zum Beispiel die «Nato-Agentur für die Verwaltung des Programms für luftgestützte Frühwarnung und -kontrolle» ([NAPMA](#)), die «Nato-Agentur für die Verwaltung von Hubschraubern» ([NAHEMA](#)) oder die «Nato-Agentur für die Verwaltung von Eurofightern und Tornados» ([NETMA](#)).

Der Internationale Rechnungsprüfungsausschuss der Nato ([International Board of Auditors for Nato](#), IBAN) kontrolliert diese separaten Nato-Berichtseinheiten. Die Nato veröffentlicht zwar Gesamthaushaltspläne für die gemeinsame Finanzierung, stellt jedoch keine vergleichbaren Informationen über kombiniert finanzierte Programme zur Verfügung – zumindest nicht in einem Format, das einen Überblick über die Gesamtausgaben ermöglicht.

Der Grad der finanziellen Transparenz ist bei diesen Programmen unterschiedlich und beschränkt sich häufig darauf, sporadisch Ausgaben anzukündigen. Im Januar dieses Jahres kündigte die «Nato-Agentur für Unterstützung und Beschaffung» beispielsweise an, dass eine Koalition aus vier Nato-Mitgliedern im Rahmen eines 5,5-Milliarden-Dollar-Vertrags [1000 Patriot-Raketen](#) von einem deutsch-amerikanischen Joint Venture bestellen werde.

Zwei der jüngsten gemeinsamen Finanzierungsinitiativen sind der «Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic» ([DIANA](#)), mit dem die transatlantische Zusammenarbeit bei neuen Technologien gefördert werden soll, und der [Nato-Innovationsfonds](#), ein mit einer Milliarde Euro (1,08 Mrd. US-Dollar) ausgestatteter Risikokapitalfonds um [neue und bahnbrechende Technologien](#) mit doppeltem Verwendungszweck zu entwickeln, wie künstliche Intelligenz, autonome Systeme und Quantentechnologien [Mit

doppeltem Verwendungszweck ist der Einsatz für militärische und zivile Zwecke gemeint – Anm. d. Red.] Diese beiden Initiativen zielen darauf ab, zivile Technologien für militärische Zwecke nutzbar zu machen.

Im November 2023 gab DIANA die ersten 44 Unternehmen [bekannt](#), die ausgewählt wurden, um spezielle Aufgaben der Nato in den Bereichen Energieresilienz, Unterwassererfassung und -überwachung sowie Informationssicherheit zu bewältigen. Die 44 Unternehmen wurden aus über 1300 Bewerbern ausgewählt. Kürzlich kündigte die DIANA an, ihr transatlantisches Netz von Beschleunigungs-Förderprogrammen und Testzentren erheblich [auszuweiten](#). Diese wurden von den gastgebenden Mitgliedstaaten nominiert, um Teil des DIANA-Netzes zu werden, das nun 23 Förderprogramme (statt bisher 11) und 182 Testzentren (statt bisher 90) in 28 Mitgliedstaaten umfassen wird.

Der jüngste [Vorschlag](#) von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg für ein beispielloses Militärhilfepaket für die Ukraine mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Volumen von 100 Milliarden Euro (108 Mrd. US-Dollar) stellt jedoch alle bisherigen kombinierten Finanzierungsinitiativen in den Schatten. Die Initiative soll die [Ungewissheit](#) über die US-Militärhilfe beseitigen und würde der Nato mehr Verantwortung für die Koordinierung der militärischen Unterstützung der Ukraine übertragen. Es ist jedoch unklar, wie der Plan finanziert werden soll oder ob er überhaupt den erforderlichen Konsens finden kann, da [Ungarn](#) sich bereits dagegen ausgesprochen hat. Gegenwärtig stellen die meisten Nato-Mitgliedstaaten der Ukraine auf bilateraler Basis Waffen zur Verfügung (die im Rahmen des von den USA geleiteten Ad-hoc-Prozesses in [Ramstein](#) koordiniert werden), während die Nato bisher nur nichttödliche Hilfe geleistet hat, weil sie befürchtet, dass eine direktere Rolle zu einer Eskalation mit Russland führen könnte. Die nichttödliche Hilfe der Nato wird im Rahmen eines umfassenden [Hilfspakets](#) für die Ukraine aus dem Jahr 2016 bereitgestellt, dessen Umfang seit dem vollständigen Einmarsch Russlands im Jahr 2022 verbessert und erweitert wurde. Die Mitgliedstaaten und Partnerstaaten finanzieren diese Hilfe durch freiwillige Beiträge zu einem entsprechenden Nato-Treuhandfonds.

Beteiligung an Operationen und Missionen unter Führung der Nato

Wenn der Nordatlantikrat (NAC) einstimmig beschliesst, dass die Nato eine [Operation oder einen Einsatz](#) durchführen soll, sind die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet, einen Beitrag zu leisten (selbst wenn es sich um eine Operation der [kollektiven Verteidigung nach Artikel 5](#) handelt); sie stellen auf freiwilliger Basis Truppen, Ausrüstung oder andere Dienste zur Verfügung.

Die Beiträge sind in Form und Umfang sehr unterschiedlich und können neben Truppen auch jede Art von militärischer Ausrüstung (zum Beispiel gepanzerte Fahrzeuge, Hubschrauber und Marineschiffe) oder Unterstützungsleistungen (beispielsweise medizinische Leistungen) umfassen. Diese Beiträge werden aus den nationalen militärischen Ressourcen der Mitglieder entnommen, um eine kombinierte Nato-Streitmacht zu bilden. Die Mitgliedstaaten tragen die mit ihren eigenen Einsätzen verbundenen Kosten selbst.

Zu den derzeitigen [Operationen und Einsätzen](#) der Nato gehören die [Nato Response Force](#) (die im Februar 2022 zum ersten Mal für einen militärischen Einsatz aktiviert wurde), eine Friedenstruppe im Kosovo (KFOR), drei [maritime Sicherheitsoperationen](#) (die [Standing Naval Forces](#), die [Operation Sea Guardian](#) und die [Aegean Activity](#)), eine Beratungs- und Kapazitätsaufbaumission im [Irak](#) (die im Februar 2021 auf Ersuchen der irakischen Regierung ausgeweitet wurde), die Zusammenarbeit mit der [Afrikanischen Union](#) und [Air Policing](#) (ein Auftrag in Friedenszeiten, der die Sicherheit des Luftraums der Nato-Mitglieder gewährleisten soll). Die Kosten für den KFOR-Einsatz beispielsweise werden von den [28 Ländern](#) getragen, die die insgesamt rund 4600 Mann starken Truppen zur Verfügung stellen. Die Ermittlung der laufenden Kosten für diese aktuellen Einsätze ist jedoch schwierig, da die Nato nur selten Gesamtzahlen veröffentlicht und die Kosten auf die beitragenden Länder verteilt werden.

Die Kosten der bisher grössten Nato-Operation – des fast 20-jährigen Einsatzes in [Afghanistan](#) (2001-21) im Rahmen eines Mandats des UN-Sicherheitsrats – waren noch weniger klar

umrissen als die Kosten der derzeitigen Nato-Operationen. Sie waren erheblich höher als die Kosten der gemeinsamen Haushalte und der kombinierten Finanzierungsvereinbarungen. Die Gesamtkosten für die teilnehmenden Staaten in Afghanistan zu ermitteln, ist ein komplexes Unterfangen, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen darüber, was darin enthalten sein sollte.

Nach [Angaben des US-Verteidigungsministeriums](#) beliefen sich die gesamten Militärausgaben der USA in Afghanistan (Oktober 2001-Dezember 2020) auf 825 Milliarden US-Dollar, zu denen weitere rund 130 Milliarden US-Dollar für Wiederaufbauprojekte kamen.

Einer [Studie der Brown University](#) zufolge belaufen sich die Gesamtausgaben der USA jedoch auf rund 2,3 Billionen Dollar, einschliesslich der Zinsen für die zur Finanzierung des Krieges aufgenommenen Schulden und anderer Ausgaben wie die Versorgung von Veteranen und Ausgaben im benachbarten Pakistan.

Ähnliche Ungewissheit herrscht auch bei den Ausgaben anderer Teilnehmer an der Nato-Mission in Afghanistan: Die Schätzungen für die Ausgaben des Vereinigten Königreichs beispielsweise reichen von [22,2 Milliarden britische Pfund](#) (28,2 Mrd. US-Dollar zum Wechselkurs von 2024) bis zu über [40 Milliarden Pfund](#) (40 Mrd. Dollar).

Transparenz und Rechenschaftspflicht

Die Komplexität der Nato-Finanzierungsvereinbarungen erschwert die Transparenz und Rechenschaftspflicht zusätzlich. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind aber entscheidend, um zu verstehen, wer was und warum bezahlt.

Auf dem Nato-Gipfel in Wales im Jahr 2014 wurde die Nato nach [Kritik](#), insbesondere von der offiziellen Rechnungsprüfungsstelle der niederländischen Regierung, angewiesen, ihre finanzielle Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern und auf dem nächsten Gipfel über die Fortschritte zu berichten.

Seit 2015 sind die wichtigsten Haushaltszahlen für die gemeinsamen Finanzierungsbudgets verfügbar, und die unabhängige, 1953 gegründete IBAN veröffentlicht nun regelmässig Finanz- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Eine weitere kleine, aber spürbare Veränderung besteht darin, dass der [Nato-Ressourcenpolitik- und Planungsrat](#) – ein nachgeordnetes Gremium des Nationalen Rates für Rüstung – zum ersten Mal eine fünfseitige [Zusammenfassung](#) seines Jahresberichts 2015 veröffentlicht hat und dann auch für den [Jahresbericht 2017](#) (seitdem jedoch nicht mehr). In den Jahresberichten wird bewertet, was die gemeinsame militärische Finanzierung innerhalb der Nato leistet und die finanzielle Situation des Nato-Sicherheitsinvestitionsprogramms sowie des zivilen und militärischen Haushalts überprüft.

An den nachfolgenden Nato-Gipfeltreffen wurde jedoch kaum oder gar nicht öffentlich über die finanzielle Transparenz berichtet. Das [Kommuniqué](#) nach dem Warschauer Gipfel 2016 bekräftigte die in Wales eingegangene Verpflichtung erneut, aber auf den sechs Gipfeltreffen seither wurden keine Fortschrittsberichte über finanzielle Transparenz und Rechenschaftspflicht vorgelegt.

Unzureichend ist auch die Transparenz, wie die Finanzierung für Operationen und Einsätze geregelt ist sowie für die wachsende Zahl gemeinsam finanzierter Ad-hoc-Projekte von «Koalitionen der Willigen». Bei vielen dieser Projekte legen die Teilnehmerstaaten den Bedarf, die Prioritäten und die Finanzierungsmodalitäten fest, und die Nato hat die politische und finanzielle Aufsicht.

Einige Projekte können auch in Form von Sachleistungen oder Treuhandfonds durchgeführt werden. Die Aufsicht über viele dieser Vereinbarungen scheint jedoch in die Grauzone zwischen nationaler Souveränität und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zu fallen. Da diese Art von Projekten in den kommenden Jahren wahrscheinlich zunehmen wird, sind in den Mitgliedstaaten grössere Transparenz und Kontrollmechanismen erforderlich.

Eines der Risiken einer unzureichenden Aufsicht über solche Programme ist das Potenzial für eine «ungerechtfertigte Einflussnahme» durch den militärisch-industriellen Komplex. Mehr als sechs Jahrzehnte nach der bekannten [Warnung](#) von US-

Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede von 1961 ist der Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes auf die Politik in den USA nach Ansicht mancher [stärker denn je](#), was sich möglicherweise auf die gesamte Nato auswirken könnte.

Der militärisch-industrielle Komplex spielte zweifellos eine einflussreiche Rolle bei der Entwicklung des europäischen landgestützten Raketenabwehrsystems der Nato, das Radare und Schiffe in ganz Europa umfasst. Der [Nato-Gipfel in Riga](#) im November 2006 hatte beschlossen, etwas zum Schutz der Nato-Streitkräfte vor Bedrohungen durch ballistische Raketen zu entwickeln. Dies stützte sich auf eine vierjährige, 10.000 Seiten umfassende [Studie](#) über die Bedrohung Europas durch Raketen und die Möglichkeiten ihrer Abwehr, die von der Nato (d.h. von kanadischen, europäischen und amerikanischen Steuerzahlern) finanziert und im Mai 2006 abgeschlossen wurde. Die als Verschlussache eingestufte Studie wurde von einem internationalen Industriekonsortium unter der Leitung des US-Unternehmens Science Applications International Corporation (SAIC) durchgeführt, das sich anschliessend erfolgreich um einen [Vertrag](#) zur Raketenabwehr im Wert von 75 Mio. Euro (94 Mio. Dollar zu Wechselkursen von 2006) bewarb. Der Vertrag mit SAIC wurde auf dem Gipfeltreffen in Riga hinter verschlossenen Türen entschieden, ohne dass die Durchführbarkeitsstudie zuvor von unabhängiger Seite geprüft oder in den Parlamenten der damals 26 Nato-Mitgliedstaaten debattiert wurde.

Auf dem Nato-Gipfel in Lissabon im Jahr 2010 wurde [vereinbart](#), dass das Nato-Programm zur aktiven Abwehr ballistischer Flugkörper nicht nur für die stationierten Nato-Streitkräfte, sondern auch für den Schutz der Bevölkerung, des Territoriums und der Streitkräfte der europäischen Nato-Staaten gelten soll. Die Umsetzung dieses Programms [dauert bis heute an](#) und erfordert eine Mischung aus gemeinsam finanzierten Mitteln und freiwilligen Beiträgen mehrerer Nato-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Rumänien, Spanien, die Türkei und die USA. Keine der von der Nato finanzierten Durchführbarkeitsstudien und Bewertungen der Bedrohung durch die Verbreitung von Raketen in den letzten 15 Jahren, die zur Rechtfertigung des Aufbaus eines territorialen

Raketenabwehrsystems herangezogen wurden, wurden freigegeben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Recht auf Zugang zu Informationen ist ein zentraler Grundsatz in Demokratien. Zwar haben zwischenstaatliche Organisationen im Vergleich zu Staaten nur langsam einschlägige Massnahmen ergriffen, aber die Europäische Union (EU) verfügt seit 2007 über klar definierte [Regeln](#) für den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, und die [Weltbank](#) hat 2010 eine Offenlegungspolitik eingeführt. Die Nato ist eine der wenigen grossen zwischenstaatlichen Organisationen, die dies nicht getan haben. Auch veröffentlicht die Nato keinen jährlichen Haushalts- oder Finanzbericht, wie es die EU und die Weltbank routinemässig tun.

Zu den Transparenzmängeln der Nato gehören das Fehlen grundlegender Informationen über die Organisation, so dass man nicht einmal weiss, wer an der Strategieentwicklung beteiligt ist. Es fehlen Informationen über die Arbeit der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen, welche die von den Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen zu billigenden politischen Verpflichtungen ausarbeiten. Ferner wird nur unzureichend kontrolliert, welche die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer politischen Verpflichtungen machen. Selbst wenn im Rahmen des Prozesses zur Entwicklung der Nato-Strategie eine Vorgehensweise vereinbart wird, werden in der Regel Informationen zurückgehalten, was weitgehend auf die seit langem geltenden [Geheimhaltungs- und Klassifizierungsvorschriften](#) der Nato zurückzuführen ist.

Übersetzung des Artikels durch Klaus Mender.

Der Originaltext in englischer Sprache ist [hier](#) zu finden.